



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Akzeptanz der Maßnahmen stärken – nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ab sofort die Entscheidungsgrundlagen für zukünftige Einschränkungen der Freiheit und Rechte der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie nachvollziehbar sowie transparent für alle Bürgerinnen und Bürger zu kommunizieren, um die Akzeptanz für die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie weiter zu erhalten und zu stärken. Die Mitnahme und das Verständnis der Bevölkerung ist unabdingbar zur zielgerichteten Bewältigung des Infektionsgeschehens. Darüber hinaus sollen zukünftige Entscheidungsgrundlagen zur Einschränkung von Freiheitsrechten der Bevölkerung in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zur Nachvollziehbarkeit der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen dokumentiert werden.

Begründung:

Die Corona-Pandemie hat unsere Gesellschaft und nicht zuletzt die Politik vor enorme Herausforderungen gestellt. Entscheidungen, die die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land direkt eingeschränkt haben, mussten binnen kurzer Zeit abgewogen und getroffen werden. Jedoch hat der Rechtsstaat die Aufgabe, auch in schwierigen Situationen solche Entscheidungen auf Grundlage von nachvollziehbaren Informationen und Einschätzungen zu treffen. Dies zu dokumentieren gehört zur Arbeit einer Exekutive. Die Mainzer Anwältin Jessica Hamed verlangte im Rahmen einer Normenkontrollklage bezüglich der Ausgangsbeschränkungen über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof Akteneinsicht über die Entscheidungsgrundlagen der Staatsregierung zu den getroffenen Maßnahmen. Laut Aussage des Gesundheitsministeriums sei nicht möglich, eine „Behördenakte vorzulegen, die ein umfassendes Bild über die Erkenntnisse liefern könnte, welche bei der Meinungs- und Willensbildung der Staatsregierung (...) Berücksichtigung fanden“. Dieser Umstand ist für die Akzeptanz der Maßnahmen unträglich. Zukünftige Entscheidungen sollten für die Bevölkerung auf nachvollziehbaren und transparenten wissenschaftlichen Entscheidungsgrundlagen beruhen. Darüber hinaus sollen diese dokumentiert werden. Diesen Anspruch darf ein Rechtsstaat haben und muss auch eingefordert werden.